

Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Der Preis für die 34 mm breite Colonn-Druckergasse im Einzelheft beträgt 10 Pfennige (Postzusatz 15), auswärts 25, für die 90 mm breite Post-Zeitung 80, auswärts 100, für die 90 mm breite Post-Zeitung 55, auswärts 65 (Postzusatz).
Verlags-Adresse: Erzgebirgische Druckerei, 10220.
Erscheinungs-Adresse: Aue, Erzgebirgische Druckerei, 70.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Böhmisch Neudorf, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.
Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.
Verlag G. M. Gärner, Aue, Erzgeb.

Abgabe für die am Nachmittage erscheinende Ausgabe des „Erzgebirgischen Volksfreunds“ ist in den Geschäftsstellen des „Erzgebirgischen Volksfreunds“ in Aue, Schneeberg, Böhmisch Neudorf, Grünhain und Schwarzenberg einzufachen.
Die Geschäftsstellen des „Erzgebirgischen Volksfreunds“ sind in Aue, Schneeberg, Böhmisch Neudorf, Grünhain und Schwarzenberg einzufachen.

Nr. 263.

Sonntag, den 9. November 1924.

77. Jahrg.

Amtliche Anzeigen.

Aue. Erlöschen ist die Maul- und Klauenseuche im Grundstücke des Viehhändlers Reibhardt in Aue, Schlachthofstraße 2, Aue, den 8. November 1924.
Der Rat der Stadt.

Schwarzenberg. Der vom hiesigen Stadterordnetenkollegium beschlossene XI. Nachtrag zum Regulativ, die Abgabe von Wasser aus den städtischen Wasserleitungen betr., und der VII. Nachtrag zum Regulativ über die Abgabe von Wasser aus der ehemaligen Gemeindefeuerleitung zu Wildenau wird nachstehend bekanntgegeben.
Schwarzenberg, am 1. November 1924.
Der Rat der Stadt.

Schwarzenberg. XI. Nachtrag zum Regulativ, die Abgabe von Wasser aus den städtischen Wasserleitungen zu Schwarzenberg betr., vom 3. Dez. 1896 u. 8. Januar 1897, 1. Der vierte Satz der Vorchrift unter Nr. 16 in der Fassung des IX. Nachtrags vom 15. Oktober 1923 erhält folgenden Wortlaut: „Industriebetriebe zahlen zu den vorgenannten Ecken 25 Prozent Zuschlag.“ 2. Dieser Nachtrag tritt mit dem Tage seiner Bekanntmachung rückwirkend ab 1. Oktober 1924 in Kraft.
Schwarzenberg, am 1. November 1924.
Der Rat der Stadt.

Schwarzenberg. Die Stadterordnetenkollegium (Stpl.) gez. Dr. Riech, Bürgermeister.

Schwarzenberg. Die Stadterordnetenkollegium (Stpl.) gez. Werner, derg. Vorsteher.

Schwarzenberg. VII. Nachtrag zu den Bestimmungen über die Abgabe von Wasser aus der ehemaligen Gemeindefeuerleitung in Wildenau vom 31. März 1903, 1. Der vierte Satz des § 13 in der Fassung des V. Nachtrags vom 15. Okt. 1923

erhält folgenden Wortlaut: „Industriebetriebe zahlen zu den vorgenannten Ecken 25 Prozent Zuschlag.“ 2. Dieser Nachtrag tritt mit dem Tage seiner Bekanntmachung rückwirkend ab 1. Oktober 1924 in Kraft.
Schwarzenberg, am 1. November 1924.
Der Rat der Stadt.

Schwarzenberg. Die Stadterordnetenkollegium (Stpl.) gez. Dr. Riech, Bürgermeister.

Schwarzenberg. Die Stadterordnetenkollegium (Stpl.) gez. Werner, derg. Vorsteher.

Schwarzenberg. Die Stadterordnetenkollegium (Stpl.) gez. Werner, derg. Vorsteher.

Staatliche höhere Schule zu Schneeberg
(Reformrealgymnasium mit humanistischem Zug und deutsche Oberstufe).
Anmeldungen von Anaben und Mädchen zur Osteraufnahme 1925 nehmen die Oberstudienräte des Gymnasiums und des Seminars vom 17. November bis 6. Dezember an den Wochentagen von 11-1 Uhr mittags in ihren Dienststunden entgegen.
Die Anaben sind persönlich vorzustellen unter Vorlegung von Geburtszeugnis, Impfschein, letztem Schulzeugnis, Schulbescheinigung und eines Urteils des Klassenlehrers der Grundschule über ihre Eignung für die höhere Schule. Anaben können im Internat des Seminars aufgenommen werden; Auskunft erteilt die Seminarverwaltung.

Schneeberg. I. M.: Brodmann, Bürgermeister.

Schneeberg. Die Stadterordnetenkollegium (Stpl.) gez. Werner, derg. Vorsteher.

Oberrealschule zu Aue i. Erzgeb.

Anmeldungen für die Osteraufnahme 1925 werden im Laufe des Monats November im Schulgebäude angenommen und zwar Montag, den 10-12 und Donnerstag von 4-6, freier Sonntag, den 9., von 10-12, und den 20. November von 11-12 Uhr vormittags.
Dabei ist vorzulegen: Geburtszeugnis oder Geburtsurkunde (Familienbuch), Impfschein, Auszug aus dem Schulbogen (Bedeweise hierzu werden von der Oberrealschule unentgeltlich abgegeben) und bei Mädchen ein beglaubigtes oder schularztliches Zeugnis (Schulärzt ist Herr Dr. Hoffmann, Aue, Bahnhofstraße 17).
Die Direktion der Oberrealschule zu Aue.

Ruhholzerzeugung Oberwiesenthaler Staatsforstrevier.

Freitag, den 14. November 1924, vormittags 10 Uhr, im Bahnhofsrestaurant zu Annaberg.
2751 Stück H. Nadelholz 7-12 cm, 644 Stück H. Nadelholz 13-15 cm, 479 Stück H. Nadelholz 16-37 cm, 30, 35 und 4,0 m lang.
9 m H. Nadelholz, 19 m H. Nadelholz, 6 m H. Brennholz, 67 m H. Brennholz, 109 m H. Nadelholz, 44 m H. Brennholz, 3 m H. Brennholz, 6 m H. Nadelholz, 10, 37, 38, 39, 40, 54, 60, 68, 78, 79, 81, 83, 86, 85 u. 96 (Schneebruch), 75 (Wegräumung), 82 (Durchforstung), 81 (Räumung).
Vorläufig Oberwiesenthal. Vorläufige Schwarzenberg.

Die amtlichen Bekanntmachungen sämtlicher Behörden können in den Geschäftsstellen des „Erzgebirgischen Volksfreunds“ in Aue, Schneeberg, Böhmisch Neudorf und Schwarzenberg einzufachen werden.

Streiflichter.

Es ist merkwürdig still in diesem Jahre vor dem 9. November. Nicht einmal die Presse der beteiligten Parteien macht den bisher üblichen Klamauf zum Gedenktage der glorreichen Revolution. Man geniert sich etwas und verleiht das Festfeiern auf den Verfassungstag. Selbst der allergeheiligste Parteiaufschneider magt es nicht mehr, das Wort von den „Errungenschaften der Revolution“ in den Mund zu nehmen. Und im Wahlkampf fängt man von dergleichen erst recht nicht an. Denn auch der Verböhrteste, der sonst alle Wahllügen glaubt, fällt nicht auf den Schwindel mit den Errungenschaften herein. Er weiß, was die Revolution brachte: Unterjochung, Regierherrschaft, Verarmung, Billionen-Wahnsinn, politischen und wirtschaftlichen Wirrwarr, Arbeitslosigkeit, Hunger, Minderungen, Nord, Bürgerkrieg, Steuerwahnsinn, Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten und der Lungentuberkulose, Nachtzüge usw. usw.

„Das Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt.“ Von dem geflügelten gewordenen Worte, das der damalige Kaiserliche Staatssekretär Scheidemann am 9. November 1918 von der Freitreppe des Reichstags hinabrief — es sollen ihm dabei die Arme geschlößert haben, denn es war in diesem Augenblick noch gar nicht klar, ob sich nicht der Volkswille, vertreten durch rote Matrosen, auch gegen die Bonzen der sozialistischen Partei richten würde —, wird also heute nicht mehr Gebrauch gemacht. Die Kuhnicker der Revolution befinden sich jetzt alle ohne Ausnahme in hochbezahlten Staatsstellungen, sie sind Bourgeois geworden, und sie hören es nicht gerne das Wort: Revolution. An ihren Errungenschaften lebend, ist ihnen an nichts anderem gelegen, als diese zu erhalten. Und selbst auf kleine oder große Umbiegungen des Geistes der von ihnen inaugurierten Verfassung kommt es ihnen dabei, wie sie erst wieder vor kurzem bewiesen, nicht an.

Allerhand Erinnerungen werden am Jahrestag der Revolution wach. So an die Ereignisse, welche die Umwälzungen vorbereiteten. Man bezeichnet sie gemeinhin als Volkstrost, sie haben aber mehr Ähnlichkeit mit schleichendem Gift. Die Novemberdinge weisen es heute entzündet zurück, wenn man ihnen vorwirft, den Zusammenbruch von langer Hand vorbereitet zu haben. Aus dem Munde führender Genossen aber wissen wir, daß bereits seit dem dritten Kriegsjahre unterirdische Kräfte in dieser Richtung gewirkt haben. Und immer neue Beweise dafür kommen ans Tageslicht. So gibt jetzt der „Deutsche Vorwärts“, das Organ nationalgefinnter Arbeiterführer, eine Münchener Information wieder, in der es heißt:

In der Nacht vom 10. zum 11. November 1918 war ich als Wache im Bayerischen Landtag. Ungefähr zwischen 1 und 2 Uhr nachts war aus Berlin ein Extrazug mit Ostjuden und jüdischen Großindustriellen in München eingelaufen. Die frisch importierten Ausländer aus dem Norden begaben sich sogleich in den Landtag zum „Landesvater“ Eisner. Der Obermarxist und bayerische Minister a. D. Hans Unterleitner widmete sich diesen Zugereisten aufs wärmste und erklärte, als diese über das Gelingen der Revolution in Bayern sich lobend äußerten, ungefähr folgendes: „Ja, wissen Sie, wir hatten alles aufs Beste vorbereitet! Schon zwei Monate vor Ausbruch der Revolution waren in allen Betrieben die Betriebsräte

bestimmt. Bei der letzten Munitionslieferung haben wir den Streik in Szene gesetzt. Als dann der Munitionstreik nicht mehr weitergeführt werden konnte, wolle die militärische Bande große Munitionstransporte an die Front abgehen lassen; diese Absicht haben wir geschickt dadurch zunichte gemacht, daß wir im letzten Moment noch einen Transport- und Hilfsarbeiterstreik inszenieren konnten. Wir haben der Bande so schwer als möglich gemacht und halten noch verschiedenes vorbereitet für den Fall, daß auch der Transportarbeiterstreik nicht reiflos hätte durchgeführt werden können.“ — Dr. Hansi Unterleitner vergesse leider zu erwähnen, daß die bayerischen Dolchschreiber es leider fertiggebracht haben, der Front 240 Großpflanzzeuge mit 4 Tonnen Nutzlast vorzuenthalten, indem für diese Flugzeuge einfach keine Magnete oder andere notwendige Bestandteile geliefert wurden.

Das ist keine „Geschichtsfälschung“, so fügt das genannte Blatt hinzu, sondern geschichtliche Wahrheit. Während unsere armen deutschen Frontkrieger in Dred und Schlamme dem Eisenhagel der feindlichen Geschütze ausgesetzt waren und sehnsüchtig nach der Heimat blickten, ob nicht bald Hilfe komme, haben daselbst ruhlose Buben diese Hilfeleistung verhindert. In der stolzen Geschichte Deutschlands wird dieses Beginnen als ewiger Schandfleck weiterleben!

Es waren schon exzellente Burschen, diese Macher der Revolution. Der „Deutsche Vorwärts“ erinnert an die Auslassungen, die einer von ihnen, eben Eisner, auf der Berner Konferenz im Jahre 1919 machte. Er erklärte dort wörtlich:

„Nicht die deutsche Regierung, sondern das gesamte deutsche Volk ist schuld am Ausbruch des Krieges; deshalb ist das gesamte Volk vom Jüngling bis zum Greis verpflichtet, seine zusammen zu tragen für das zusammengeschlossene Gebiet; auch die Gefangenen haben kein Recht, nach Hause zu verlangen, sondern müssen, und wenn es 15 Jahre dauert, das Los der Gefangenschaft tragen, bis die zerstörten Gebiete wieder aufgebaut sind, denn gerade sie haben mitgeholfen, fremdes Land zu zerstören. Wer sich aber dieser moralischen Verpflichtung, die zerstörten Gebiete mit aufzubauen zu helfen, entziehen will, ist ein Feigling und ein Schuft.“

So und ähnlich sehen die Väter des deutschen Zukunftstaates, der am 9. November seinen Geburtstag hat, aus. Ein ehelicher Sozialist der alten Schule, Ignaz Auer, hatte das richtige Vorgefühl. Von ihm stammt das Wort: „Der Zukunftstaat ist eine schöne Sache, aber ich möchte nicht hinein.“ Es gibt aber eine ganze Menge Leute, die doch hinein möchten. Oder sollten sie bis zum 7. Dezember Vernunft annehmen?

Die den Sozialisten benachbarten Räume im Himmel des Zukunftstaates sind für die Demokraten reserviert. Sie werden allerdings die Hinterzimmer einnehmen. Auf ihrem Parteitag am vergangenen Sonntag haben sie sich bemüht, die Charakterfesten zu spielen, deren Banner nie geschwankt hat. Zu diesem Thema gibt jetzt zur rechten Zeit die „Deutsche Tageszeitung“ einen hübschen Kommentar. Sie macht folgende Zusammenfassung:

Bei den Abstimmungen über die Aenderung der Reichsflagge am 8. Juni 1919 in der Weimarer Nationalversammlung stimmten 19 Demokraten für schwarz-weiß-rot und gegen gold. 14 Demokraten gegen schwarz-weiß-rot und für gold. 21 Demokraten sowohl für schwarz-weiß-rot wie auch für gold. Am 17. Dezember 1921 stimmten im ersten Deutschen Reichstag bei

einem Antrag über die Wiedereinführung der schwarz-weiß-rot: 11 Demokraten für die Wiedereinführung der alten Flagge, 13 dagegen, 14 drückten sich von jeder Abstimmung. Ein schönes Bild der großartigen demokratischen Politik boten auch die Abstimmungen über den 1. Mai als Weltfeiertag, über das Versailles Diktat, über den bedeutsamen § 2 des Sozialistengesetzes, über die Annahme oder Ablehnung des Genfer Gewaltprüches über Oberschlesien. Bei der Abstimmung über den 1. Mai als Weltfeiertag stimmten 24 Demokraten mit Ja, 4 mit Nein, während 21 sich jeder Abstimmung entzogen. Die Annahme des Versailles Diktats wurde von den Demokraten zwar parteioffiziös abgelehnt, aber 9 stimmten dafür und 14 fehlten ohne jede Entschuldigung. Bei der Abstimmung über den Antrag Marx-Wels, „der Reichstag billigt die Erklärung der Regierung“, dem Diktat der Entente über Oberschlesien zu entsprechen, stimmten 32 Demokraten mit Ja, wiederum 32 Demokraten stimmten dann aber auch dem entgegengesetzten parteipolitischen Antrag Dr. Becker-Hessens, der einen Protest gegen die Gewalttat der Teilung Oberschlesiens bedeutete, zu. Vorher hatte eine Entschiedenheit der Demokratischen Reichstagsfraktion die Entscheidung der Bolschewikenkonferenz vom 20. Oktober 1921 über Oberschlesien in der denkbar schärfsten Form verurteilt. Auf dem Berliner Parteitag der Demokratischen Partei hat Dr. Koch im Konfliktfall sich für den härteren Ausweg nach links erklärt, auf dem Bremer Parteitag erklärte er: „Es ist ein großer Fehler zu glauben, die Sozialdemokratie sei einer starken Demokratie gleichmäßig gemessen.“ In Bremen geißelte Dr. Koch die falsche Politik Wirths dem Auslande gegenüber, Staatssekretär Hausmann-Stettin bedauerte das Wiederkommen Wirths nach Genf, Dr. Theodor Heuß-Berlin stellte fest, daß Dr. Wirth sich staatsmännisch nicht bewährt habe, daß er finanzpolitisch versagt und das Vertrauen des Auslandes verwirrt habe. In der Parteitagssitzung zum Bremer Parteitag wies die Wochenschrift „Das Demokratische Deutschland“ (Herausgeber Graf von Bernstorff, Dr. Stubmann und Dr. Peterßen) auf die Gefährlichkeit des Zentrums, auf die Gefährlichkeit der Sozialdemokratie und auf die — Unentbehrlichkeit der Deutschen Volkspartei hin, deren „politische und wirtschaftliche Mitarbeit der Staat nicht ohne schwersten Schaden entbehren könne.“ Heute sehnt sich die Demokratische Partei nach einer Linkskoordination unter der Führung desselben Wirth, dem sie in Bremen die staatspolitische, finanzpolitische, wirtschaftspolitische und außenpolitische Befähigung abgesprochen hat.

Das alles ist, so bemerkt hierzu richtig die „D. Allg. Ztg.“, freilich ein bißchen viel auf einmal, und die demokratischen Parteitagsglieder sind wahrlich nicht darum zu beneiden, solchen Feststellungen im Wahlkampf begegnen zu müssen und für eine Partei Stimmung zu machen, der nicht nur all ihre Prominenten, sondern mittlerweile auch die letzten Helle weg-zuschwimmen beginnen.

Aus dem Desastre, dem sie entgegengehen, wird die Demokratie auch ihr neuestes Paradeferd, Dr. Schacht, nicht herausziehen. Der Herr ist Reichsbankpräsident, und man sollte meinen, daß er in diesem Amt gerade jetzt alle Hände voll zu tun hätte. Er findet aber noch Zeit, Wahlreden zu halten, in denen er einen hahnbläulichen, mitunter böswärtigen Unfuss gegen die nationalen Parteien verzapft. Nebenbei kann er auch anders. So hat er vor kurzem auf einer Geschäftsreise Mussolini seine Aufwartung gemacht und dabei diesem größten Gegner demokratischer Befinnung allerhand Schmehleien über die Erfolge der Faschisten gesagt. In den demokratischen Parteitag drachte er die lapidaren Worte: „Stärker als vor-